

## Angela Merkel will sich für die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ einsetzen

Helmut Sauer (Salzgitter) mit 98 Prozent als Bundesvorsitzender der OMV wieder gewählt

Auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU mit dem Leitspruch „60 Jahre nach Flucht und Vertreibung – Vertreibungen weltweit ächten“ wurde der langjährige Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer (Salzgitter) mit 98% der Stimmen zum Bundesvorsitzenden der in der CDU/CSU organisierten Vereinigung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler (OMV) wieder gewählt.

Die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel gratulierte dem OMV – Bundesvorsitzenden.

Mit seinem engagierten Eintreten für die Belange der Heimatvertriebenen habe sich Sauer den Respekt der Union erworben. Sie betonte vor den über 120 Delegierten und Gästen sowie der zahlreich erschienenen Presse, dass Vertriebenenarbeit weit mehr als nur Erinnerungsarbeit sei.

„Vertriebenenarbeit ist aktive Teilnahme an unserer Geschichte und Gesellschaft!“ Als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland versprach sie ihren sehr persönlichen Einsatz für die Errichtung eines



**Fünf Tage vor ihrer Wahl zur ersten Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland sprach Dr. Angela Merkel am 17. November 2005 vor der OMV-Bundesdelegiertentagung**

„Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin. „Man dürfe nicht Unrecht mit anderem Unrecht aufwiegen oder miteinander verrechnen“, machte Merkel klar.

In seinem Grußwort ging der Generalsekretär der bayerischen CSU, Dr. Markus Söder, auf die besondere Bedeutung der Vertriebenen und in

### INHALT

SEITE 2  
**BUND DER VERTRIEBENEN WÜNSCHT SICH KONSTRUKTIVEN DIALOG MIT POLEN**  
Erika Steinbach

SEITE 3  
**FÜR DAS ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN BEI UNSEREN NACHBARN WERBEN**  
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 5  
**ARBEITSGRUPPE „VERTRIEBENE UND FLÜCHTLINGE“ KONSTITUIERT SICH FÜR DIE 16. WAHLPERIODE**  
IAV

SEITE 6  
**AUSSTELLUNG „FLUCHT, VERTREIBUNG, INTEGRATION“ IM HAUS DER GESCHICHTE IN BONN**  
IAV

Bayern insbesondere der Millionen von Sudetendeutschen ein. „Vertriebene sind die visionärste Gruppe in ganz Europa!“, sagte Söder.

Der Aussiedlerbeauftragte der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme berichtete den Delegierten, dass unter einer Unions-geführten Bundesregierung den Aussiedlern ihr grundgesetzlich geschütztes Recht nach Deutschland auszusiedeln Bestand haben werde. Darüber hinaus forderte Fromme neue Wege zu einer verbesserten Integration.

Weiterer Redner auf der OMV - Bundesdelegiertentagung in Berlin war Stephan Raabe, Leiter der Außenstelle Warschau der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er forderte angesichts der aufgeheizten Situation in den deutsch-polnischen Beziehungen: Jetzt gelte es eine nüchterne pragmatische Kooperation mit der neuen Regierung Polens zu entwickeln.

Zu den in Polen fälschlicherweise gehegten Befürchtungen gegen das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin betonte er, „ dass es bei der Umsetzung gut wäre, wenn auch das Leid der durch das nationalsozialistische Deutschland überfallenen und unterjochten Länder, die in dieser Zeit durch Deutsche begangenen Morde und verursachten Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen eine deutliche Erwähnung fänden

– wie es im Konzept ja vorgesehen ist.“

Neben Helmut Sauer (Salzgitter) als Bundesvorsitzender der OMV wurden BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB (Frankfurt), Rüdiger Goldmann (Düsseldorf), Egon Primas MdL (Nordhausen), Andreas Grapatin MdL (Dresden) und Christa Matschl MdL (Erlangen) als stellvertretende Bundesvorsitzende gewählt. Schatzmeisterin wurde erneut Iris Ripsam (Stuttgart). Als Beisitzer gewählt

wurden: Prof. Dr. Michael Pietsch (Mainz), Adolf Braun (Chemnitz), Maria-Elisabeth Schiebuhr (Köln), Fedor M. Mrozek (Kiel), Dietrich Hoth MdHB (Hamburg), Wolfgang Ehlers (Schwerin) und Margaretha Michel (Bayreuth). Hauptgeschäftsführer Klaus Schuck wurde in seinem Amt bestätigt.



**Markus Söder**  
**Generalsekretär der CSU**

## Bund der Vertriebenen wünscht sich konstruktiven Dialog mit Polen

BdV-Präsidentin Erika Steinbach zur Polenreise von Bundeskanzlerin Merkel am 2. Dezember 2005

Ich begrüße, dass die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel so kurz nach ihrem Amtsantritt nach Polen reist. Damit räumt sie den deutsch-polnischen Beziehungen einen besonderen Stellenwert ein.

Es ist zu hoffen, dass ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen geöffnet wird, das von gegenseitigem Respekt und Verständnis füreinander geprägt ist und den sachlichen Dialog für schwierige Themen ermöglicht. Zulange wurden Ängste geschürt und falsche Emotionen geweckt. Dies führte dazu, dass die Probleme der anderen Seite ignoriert und der Austausch der Argumente von Emotionen überlagert wurden.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat bereits mehrfach ausgeführt, dass sie diese Ängste ausräumen will, auch im Hinblick auf das ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN. So sagte sie in ihrer Regierungserklärung:

...„Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um an das Unrecht der Vertreibung zu erinnern, und wir werden dies im europäischen Kontext tun. Aus meiner Sicht bietet die gemeinsame Erklärung der Präsidenten Rau und Kwasniewski eine gute Grundlage dafür, dass wir einen gemeinsamen und nicht einen trennenden Weg finden werden. Ich sage hier sehr persönlich: Auf meinen Reisen, die ich in die entsprechenden Länder mache, werde ich mich sehr dafür einsetzen, dass uns dies gelingt. Das hat etwas mit unserem eigenen historischen Selbstverständnis zu tun. Es hat aber auch etwas mit dem Vertrauen anderer in uns zu tun. Deshalb muss beides zusam-



**BdV-Präsidentin Erika Steinbach**

mengebracht werden. Ich bin der Überzeugung: Das geht und das können wir schaffen.“...

Gerade die guten Beispiele der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene und von Mensch zu Mensch zwischen Polen und Heimatvertriebenen zeigen, dass es geht, und dass es für beide Seiten neue Erkenntnisse und Vorteile bringt.

Nun gilt es, auch auf politischer Ebene die Basis für einen sachlichen und konstruktiven Dialog zu schaffen. Hierfür wünsche ich der Bundeskanzlerin viel Erfolg.

# Unredliche Angriffe gegen das Zentrum gegen Vertreibungen

Helmut Sauer kritisiert die ablehnende Haltung Kardinal Lehmanns zum „Zentrum gegen Vertreibungen“

Die "Gemeinsame Erklärung" zur Erinnerung an den 40. Jahrestag des mutigen Briefwechsels der Bischöfe zur deutsch-polnischen Versöhnung bei gleichzeitigem Verschweigen des relativierenden internen "Hirtenbriefes" der polnischen Bischöfe vom 06.03.1966 zur gleichen Problematik, hätte im Hinblick auf das engere Zusammenleben von Deutschen und Polen in der Europäischen Union, die Versöhnung vertiefen und ebenso eine historische Dimension erhalten können.

Durch die Fuldaer Pressekonferenz von Lehmann wurde diese Chance erschwert, wenn nicht sogar vertan.

Lehmanns unhaltbare Vorwürfe sowie unredliche wie wahrheitswidrige Behauptungen über das "Zentrum gegen Vertreibungen" verletzen!

Um die bis heute erreichte menschliche Versöhnung, insbesondere zwischen Polen und uns Vertriebenen nicht weiter zu beschädigen, muss seiner Darstellung - wider seines besseren Wissens - zum Zentrum gegen Vertreibungen entschieden widersprochen werden:

Ganz im Sinne der Bischöfe vor 40 Jahren hat sich das Zentrum nicht die unterstellte und vorgeworfene Aufrechnung, sondern die Versöhnung und die Stärkung des Menschenrechts auf die Heimat - wie dies vom ersten Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte Jose' Ayala Lasso und auch vom Papst Johannes Paul II 1984 in Bangkok vorgetragen wurden - zur Aufgabe gemacht (siehe Info - Material des „Zentrums gegen Vertreibungen“).

Eine wissenschaftliche Aufarbeitung und Dokumentation der bis in die heutige Zeit dauernden Vertreibungen würde dem von Lehmann gesehenen "Bodensatz in der Gesellschaft, der immer noch da ist" jegliche Schärfe nehmen und angeblichen Hass eliminieren. Das Zentrum gegen Vertreibungen wird sich objektiv und konkret der "ganzen Wahrheit" stellen und dazu beitragen, dass eine einseitige Sicht auf die jeweils eigene Geschichte verhindert und Gegenwart und Zukunft für ein friedliches sowie völkerverbindendes Miteinander ermöglicht wird.

## Für das Zentrum gegen Vertreibungen bei unseren Nachbarn werben

Jochen-Konrad Fromme begrüßt Werben der Bundeskanzlerin für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“

Es ist gut und richtig, dass Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gut eine Woche nach ihrem Regierungsantritt eine ihrer ersten Auslandsreisen nach Polen unternimmt.

Damit hat sie deutlich unterstrichen, wie wichtig uns in Deutschland eine gute und gedeihliche Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses ist.

Gut und richtig ist auch, dass sie diese erste Reise nach Polen dazu benutzt, für ein wichtiges Anliegen Deutschlands zu werben, der Errichtung eines "Zentrums gegen Vertreibungen" in Berlin.

Die Widerstände gegenüber diesem Projekt sind groß und wurden von der vorherigen rot-grünen Bundesregierung geschürt.

Basierend auf Fehlinformationen wird auch heute noch gern in Polen die Auffassung verbreitet, bei dem von der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" geplanten Projekt handele es sich um eine Einrichtung, die einseitig das Vertreibungsschicksal der Deutschen darstellen soll.

Demgegenüber sah das Konzept der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" von Anfang an eine Einrichtung vor, in der die Vertreibungen in

Europa im 20. Jahrhundert dargestellt werden sollen und durch die ein aktiver Beitrag geleistet werden soll, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft weltweit zu ächten. Unsere polnischen Nachbarn sind daher zu einer Mitarbeit und zur Mitgestaltung ausdrücklich eingeladen.

Natürlich wird es auch nach dem heutigen Besuch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in Warschau noch viel Überzeugungsarbeit bedürfen.

Es ist aber ein großer Gewinn, dass sich die Bundeskanzlerin erst kürzlich so deutlich hinter die Errichtung eines "Zentrums gegen Vertreibungen" gestellt hat und ihre erste Auslandsreise nach Polen dazu nutzt, mit Missverständnissen aufzuräumen und für dieses Projekt zu werben.



Jochen-Konrad Fromme

# Feier zum 200. Geburtstag des Schriftstellers Adalbert Stifter

Auszüge aus der Rede der bayerischen Staatsministerin Stewens anlässlich der Gedenkfeier in Oberplan

„Am heutigen 23. Oktober wäre der große Sohn des Böhmerwaldes, der Dichter, Schriftsteller, Maler und Pädagoge Adalbert Stifter, 200 Jahre alt geworden.

Adalbert Stifter zählt zu den herausragenden Schriftstellern der österreichischen Literatur des 19. Jahrhunderts. Sein Werk liegt in zahlreichen Sprachen vor, oft aufgelegt, nachgedruckt und immer wieder illustriert. Mit Recht gilt er als repräsentativer Autor der europäischen Kultur.

Für mich ist es eine außerordentliche Freude, als zuständige Ministerin des Freistaats Bayern heute bei Ihnen zu sein. Das hat nicht allein damit zu tun, dass mein Ministerium zu den Förderern dieser Veranstaltung zählt. Durch seine Herkunft aus dem Böhmerwaldort Oberplan / tschechisch Horni Plana und durch sein Werk ist Adalbert Stifter gleichermaßen mit Böhmen, Oberösterreich und Bayern verbunden.“ [...]

„Thomas Mann erkannte in Adalbert Stifter, „einen der merkwürdigsten, hintergründigsten, heimlich kühnsten und unheimlich packendsten



**Bayerns Staatsministerin  
Christa Stewens**

Erzähler der Weltliteratur“. Und Nietzsche zählte neben Eckermanns Gesprächen mit Goethe und Lichtenbergs Aphorismen Stifters „Nachsommer“ zu den Büchern, die es „verdienten, wieder und wieder gelesen zu werden.“ [...]

„In diesem Stifterjahr erscheint mir Dreierlei bedeutsam:

- Das eine ist die Kraft, die dieser Dichter in unserer Zeit auszusenden vermag. Nicht auf die Massen, aber auf einen wichtigen Kreis, den eine verwandte Seelenhöhe verbindet.
- Wesentlich ist zum andern, welche Akteure zu dieser Veranstaltung beitragen: Österreicher, Tschechen und Deutsche. Die Nähe zu Stifter bedeutet, dass Brüche verblassen und Gemeinsames aufscheint. Diese Feierstunde liefert ein Beispiel dafür, wie historische und kulturelle Schnittmengen, die uns verbinden, in gemeinsame Maßnahmen einmünden.
- Das führt, drittens, zu einer umfassenderen Schlussfolgerung. Ich meine den Aufbruch. Nicht immer bemerkt von allen Politikern sind wir längst in die Veränderung eingetreten. Denken und Handeln in historischen Bezügen mit ihren gebietenden Gemeinsamkeiten nehmen zu.

Natürlich müssen wir Hindernisse aus dem Weg räumen, allen voran solche, die demütigen und kränken. Doch für ernsthafte Partner hat das Verbindende längst Vorrang gegenüber dem Trennenden und das Ausgleichende gegenüber dem Kontroversen.

Die Deutsche Politik, die sich in diesen Wochen neu formiert, wird das im Blick haben. Ich persönlich werde mich dafür verwenden.“ [...]

## „Zentrum gegen Vertreibungen“ distanziert sich erneut von Preußischer Treuhand

Die Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach ruft zum deutsch-polnischen Dialog im Geist der Versöhnung auf

Die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ distanziert sich erneut nachdrücklich von den Aktivitäten der Preußischen Treuhand.

Menschliches Leid und schwere Schicksale lassen sich mit Geld und Rückgabe von Eigentum nicht heilen. Auch der Verlust der Heimat wird dadurch nicht aufgewogen.

Die Vertriebenen in Europa, ob Deutsche oder Polen, brauchen das Verständnis und Mitgefühl ihrer Mitmenschen und des jeweils anderen Volkes. Das hilft, versöhnt in die Zukunft zu schauen. Glücklicherweise gibt es das zunehmend von Mensch zu Mensch. Auch jeweils zwischen Polen und Deutschen. Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ will im

Dialog mit den Nachbarstaaten, insbesondere mit Polen, die Vertreibungsgeschichten des 20. Jahrhunderts aufarbeiten. Der Geist der Versöhnung ist dabei unverzichtbar. Polnische Wissenschaftler sind herzlich eingeladen, daran mitzuwirken.



**BdV-Präsidentin  
Erika Steinbach**

# Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ konstituiert sich für die 16. Wahlperiode

Jochen-Konrad Fromme am 30. November 2005 einstimmig zum Nachfolger von Erwin Marschewski gewählt



**v.l.n.r.: Kurt J. Rossmann, Helmut Sauer, Franz Romer, Anita Schäfer, Klaus Hofbauer, Manfred Grund, Klaus-Peter Willsch, Susanne Jaffke, Henry Nitzsche, Jochen-Konrad Fromme, Dr. Michael Luther, Erika Steinbach, Klaus Brähmig und Erwin Marschewski**

Auch in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wieder eine "Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten" eingerichtet.

Damit setzt die Union ihre gute Arbeit und zuverlässige Partnerschaft mit den Gruppen der Heimatvertriebenen, der deutschen Spataussiedler und deutschen Minderheiten fort. In der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe wurde der Abgeordnete Jochen-Konrad Fromme in offener Abstimmung einstimmig, bei einer Enthaltung, zum Vorsitzenden

der Arbeitsgruppe "Vertriebene und Flüchtlinge" gewählt.

Ferner hat die Arbeitsgruppe drei stellv. Vorsitzende bestimmt. Hierzu wurden Susanne Jaffke, Klaus Brähmig und Stephan Mayer (Altötting) ebenfalls in offener Abstimmung einstimmig gewählt.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe dankten im Rahmen der Sitzung dem aus dem Deutschen Bundestag ausgeschiedenen bisherigen Vorsitzenden Erwin Marschewski für seine gute Arbeit in der abgelaufenen 15. Wahlperiode. (IAV)

## Koalitionsvereinbarung ist eine gute Grundlage für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin

Am 7. 11. begrüßt der bisherige Vorsitzende der „AG-Vertriebene“, Marschewski, die Koalitionsvereinbarung

Die in der Koalitionsarbeitsgruppe „Kultur und Medien“ gefundene Formulierung bezogen auf die historische Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung, ist sehr zu begrüßen.

Ausdrücklich wird in dieser Vereinbarung darauf hingewiesen, im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen zu wollen. Damit bietet die Koalitionsvereinbarung eine gute Grundlage für die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin.

Dass ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin neben dem Ziel der Aufarbeitung und Aussöhnung auch den Grundsätzen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit und des Miteinanders in Europa folgt, ist selbstverständlich und war von Beginn an im Konzept vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenarbeit des Zentrums mit dem „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert.

Die Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte ist eine wichtige Aufgabe und ein wichtiger Bestandteil unserer gemeinsamen europäischen Geschichte.



**Erwin  
Marschewski**

# Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Intergration“ im „Haus der Geschichte“ in Bonn

Ausstellung in Anwesenheit von Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler am 2. Dezember feierlich eröffnet



**Die Ausstellung bietet zahlreiche sehr anschauliche Exponate, die nach Gesichtspunkten der modernen Museumspädagogik gestaltet sind.**

In Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten nebst seiner Gattin, Eva Köhler, wurde am 2. Dezember 2005 die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ im Haus der Geschichte in Bonn vor rund 1000 Gästen eröffnet. Im Vorfeld wurde für die Ausstellung bundesweit geworben. Dabei fällt auf, dass auch der Begriff „Heimat“ auf den Werbematerialien zu finden ist, dass er den Titel der Ausstellung kreuzt. Staatsminister a.D. Hans Maier sprach in seiner sehr gefühlvol-

len Rede denn auch vom doppelten Erinnern und dabei spielt neben den Vertreibungsereignissen auch das Erinnern an die Heimat eine Rolle. In seiner Rede warb Hans Maier für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. Ein Erinnern dürfe nicht der Aufrechnung dienen und auch dürfe das Leid, das von Deutschland ausging, nicht vergessen werden. Er warb für ein doppeltes Erinnern, das offen macht für die Zukunft.

„Es ist wichtig für unser Volk im ganzen, keineswegs nur für die Heimatvertriebenen“, so Hans Maier. Die Wechselexposition, die bis 17. April 2006 in Bonn und dann von Mai bis August 2006 in Berlin zu sehen sein wird, regt die kritische Auseinandersetzung an. (IAV)



**Eine einfühlsame Festansprache zur Eröffnung hielt der Bayerische Staatsminister a.D. Hans Maier**



***Herausgeber und Redaktion des Informationsdienstes für Aussiedler und Vertriebene wünschen allen Leserinnen und Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und viel Glück und Erfolg für das kommende Jahr 2006.***

# 60 Jahre Grenzdurchgangslager Friedland – 50 Jahre Spätheimkehrer

**Bundespräsident Köhler und Niedersachsens Ministerpräsident Wulff besuchten die Gemeinde Friedland**

60 Jahre Grenzdurchgangslager, 50 Jahre Spätheimkehrer – anlässlich dieses Jubiläums besuchte Bundespräsident Horst Köhler am 12. Oktober zusammen mit dem niedersächsischen Ministerpräsident Christian Wulff die Gemeinde Friedland.

Das Lager Friedland sei seit 60 Jahren ein Symbol für die besten Eigenschaften unseres Landes: für Freiheit, für Mitmenschlichkeit und für Friedensliebe, sagte Köhler beim Festakt zum 60-jährigen Bestehen des Grenzdurchgangslagers. Es sei für Millionen Menschen „Tor zur Freiheit“ geworden – für die deutschen Gefangenen, Vertriebenen und Flüchtlinge ebenso wie für viele Menschen aus anderen Nationen.

Inzwischen gehe es darum, „sich Menschen zuzuwenden, die als Spätaussiedler oder Emigranten unsere Mitbürger werden wollen“, sagte der Bundespräsident. Er rief die Bundesbürger dazu auf, diesen Menschen bei der Eingewöhnung zu helfen.

Auch der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff erinnerte an die leidvolle Geschichte, lobte die „vielen helfenden Hände“ und zeigte sich beeindruckt, wie eng in Friedland Lager und Ortschaft verwoben sind.

Die britische Militärverwaltung hatte das Lager Friedland 1945 von

deutschen Kriegsgefangenen errichten lassen. Als Gründungsdatum des Grenzdurchgangslagers Friedland gilt der 26. September 1945. Damals hatte die britische Militärverwaltung an der Grenze von US-amerikanischer, britischer und sowjetischer Besatzungszone die Einrichtung eines Auffanglagers für Flüchtlinge und Vertriebene angeordnet.

Vor 50 Jahren handelte Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) in

Moskau die Freilassung der letzten rund 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus. Viele von ihnen kehrten über Friedland zu ihren Familien zurück. Bis heute haben insgesamt mehr als vier Millionen Menschen das so genannte «Tor zur Freiheit» passiert. Unter ihnen waren auch Flüchtlinge aus anderen Ländern wie Vietnam, Ungarn oder Chile.



**Bundespräsident  
Prof. Dr. Horst Köhler**

## Zwischenbilanz zur Integrationsförderung für Spätaussiedler

**Jochen-Konrad Fromme sieht Schwachstellen bei den Maßnahmen zur Integration von Spätaussiedlern**

In der Pressemitteilung des Bundesinnenministers Otto Schily vom 23.09.05 zum Thema „Neun Monate Zuwanderungsgesetz – Qualitätssprung in der Integrationsförderung“ wird berichtet, dass das Zuwanderungsgesetz die Integration von Spätaussiedlerfamilien dadurch erleichtert, dass nichtdeutsche Familienangehörige bereits in ihrem Heimatland Grundkenntnisse der deutschen Sprache erwerben und nachweisen müssten. Richtig ist, dass es für die Verbesserung der Integration und der Akzeptanz der Spätaussiedler dringend nötig ist, dass sie die deutsche Sprache sprechen. Ich glaube jedoch nicht sicher, dass dies durch die Neuregelung tatsächlich erreicht wird, denn zumindest die Ehegatten und minderjährigen Kinder dürfen nach dem Ausländerrecht auch ohne den Nachweis von Deutschkenntnissen nach Deutschland einreisen. Inwieweit von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, wird die Zukunft zeigen.

Auf der anderen Seite könnte die Regelung dazu führen, dass die Spätaussiedlerfamilien gar nicht mehr nach Deutschland kommen, weil sie einzelne Familienmitglieder, die nicht unter die ausländerrechtliche Regelung fallen, nicht im Herkunftsland zurücklassen wollen.

Ihr Recht, nach Deutschland überzusiedeln, würde den Spätaussiedlern auf diesem Wege genommen werden.



**Jochen-Konrad  
Fromme**



Die Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen ging in diesem Jahr an den Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge. Der Präsident der Organisation, Reinhard Führer, nahm die Ehrung gemeinsam mit seiner Ehefrau aus den Händen von BdV-Präsidentin Erika Steinbach entgegen. Die Laudatio hielt der ehemalige Verteidigungsminister Prof. Dr. Rupert Scholz. (IAV)

## Vertrauen in Merkel bestätigt

Der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Helmut Sauer, erklärt zur 1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel:

Sowohl in ihrer Rede auf dem "Tag der Heimat" in Berlin, als auch in ihrem Grußwort auf der Bundesdelegiertentagung der OMV in Berlin hat Dr. Angela Merkel stets ein klares Bekenntnis zum "Zentrum gegen Vertreibungen" in Berlin abgegeben. Jetzt hat sie in ihrer 1. Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag erklärt:

„Unsere Kultur ist die Grundlage unseres Zusammenhaltens. Deshalb ist Kulturförderung für diese Bundesregierung keine Subvention. Dieser Begriff verbietet sich an dieser Stelle. Sie ist eine Investition, und zwar eine Investition in ein lebenswertes Deutschland.

Natürlich, unsere Verfassung regelt die Förderung von Kunst und Kultur eindeutig. Sie ist primär den Ländern zugeordnet. Aber ich sage ebenso deutlich, dass der Bund auch in Zukunft weiterhin eine Reihe wichtiger Kulturaufgaben wahrnehmen wird. Deutschland und nicht nur die Summe der 16 Bundesländer ist schließlich eine europäische Kulturnation.

Diese Bundesregierung wird wie die Regierungen zuvor auch weiterhin einen Beitrag zum Erhalt des kulturellen Erbes der Vertriebenen leisten. Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um an das Unrecht der Vertreibung zu erinnern. Dies wollen wir auch im europäischen Kontext tun." [...]

Sie fügte noch hinzu, dass sie auf ihren Reisen, die sie in die Länder unternehmen wird, sich persönlich dafür einsetzen wird und das dies etwas mit unserem Selbstverständnis, aber auch mit dem Vertrauen anderer in uns zu tun hat.

Wir Heimatvertriebene fühlen uns mit unseren Anliegen bei Bundeskanzlerin Merkel gut aufgehoben und werden sie bei ihrer Werbung um Vertrauen für Deutschland tatkräftig unterstützen.

## Historisches Kalenderblatt vom 1. bis 31. Januar

**Vor 650 Jahren:** Der Reichstag von Nürnberg unter Kaiser Karl IV. (auch König von Böhmen) gibt das „Grundgesetz“ des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation bekannt, die „Goldene Bulle“ (10.1.).

**Vor 135 Jahren:** In Versailles wird König Wilhelm I. von Preußen zum deutschen Kaiser ausgerufen (18.1.).

**Vor 130 Jahren:** Am 5. Januar wird der spätere erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer in Köln geboren.

**Vor 55 Jahren:** Am 12. Januar tritt die UN-Konvention gegen Völkermord in Kraft. Sie bestimmt, dass Völkermord in Kriegs- und Friedenszeiten ein Verbrechen nach internationalem Recht ist.

**Vor 10 Jahren:** Der frühere DDR-Unterhändler Wolfgang Vogel wird vom Berliner Landgericht wegen Erpressung von ausreisewilligen DDR-Bürgern zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt (9.1.).

## IMPRESSUM

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB  
Hartmut Koschyk MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer  
Jochen-Konrad Fromme MdB

Redaktion: Thomas Helm (Hauptredaktion)  
Katrin Kohl  
Ingo Hallmann

Sekretariat: Petra Brüssow  
Kontakt: Gruppe der Vertriebenen und  
Flüchtlinge

Anschrift: Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-55364  
Telefax (0 30) 2 27-56154